

Stärkere Kontrollen im Onlinehandel: Schutz für unsere Unternehmen!

Bundesminister Hattmannsdorfer kündigt am 15. April 2025 verstärkte Kontrollen im Onlinehandel an, um Fairness und Sicherheit zu gewährleisten.



Österreich, Europa - Am 15. April 2025 ist der Druck auf österreichische und europäische Unternehmen durch steigende gesetzliche Auflagen und Bürokratie erneut gestiegen. Der österreichische Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Hattmannsdorfer, hat neue Maßnahmen angekündigt, um verstärkte Kontrollen im Onlinehandel durchzuführen. Diese Kontrollen sind ein Schritt, den Kurt Egger, der Generalsekretär des Wirtschaftsbundes, als notwendig betrachtet, um die Wettbewerbsfähigkeit und den Fortbestand regionaler Betriebe zu sichern. Die Maßnahmen zielen darauf ab, fairere Marktbedingungen zu schaffen und sicherzustellen, dass Anbieter aus Drittstaaten, die auf dem europäischen Markt tätig sind, sich an die gleichen Sicherheits- und Qualitätsstandards

halten wie österreichische Unternehmen.

Der Zuwachs bei Außereuropäischen Plattformen hat besorgniserregende Produkte auf den Markt gebracht, die häufig nicht den strengen europäischen Sicherheitsstandards entsprechen. Dies gefährdet nicht nur die Verbraucher, sondern beeinträchtigt auch die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Firmen, die unter strengen Vorschriften wirtschaften müssen. Egger fordert daher klare Maßnahmen, um diese Herausforderungen zu bewältigen und die regionale Wirtschaft zu stärken, während gleichzeitig die Verbraucher geschützt werden.

Neue Entwicklungen im digitalen Handel

Das Internet hat in den letzten zwei Jahrzehnten das Leben der Menschen erheblich verändert. Technologien, Unternehmensformen und Arbeitsmethoden entwickeln sich rasant weiter, was auch den Handel betrifft. Die E-Commerce-Richtlinie wurde bereits im Jahr 2000 verabschiedet, als Plattformen wie Amazon, Google und Booking.com noch in den Kinderschuhen steckten. Inzwischen hat die EU erkannt, dass es dringender denn je ist, einen neuen Rechtsrahmen zu schaffen, um mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten. Dazu gehören auch das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) und das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act), die darauf abzielen, ein sichereres digitales Umfeld für Nutzer und Unternehmen in der EU zu schaffen.

Der neue Rechtsrahmen will Leitlinien für die digitale Welt und Online-Plattformen festlegen, um eine gerechte Wettbewerbslandschaft zu fördern. Indem dieser rechtliche Rahmen geschaffen wird, soll sichergestellt werden, dass alle Anbieter, egal ob aus Europa oder anderen Teilen der Welt, unter denselben Bedingungen agieren können, was zu mehr Sicherheit und Fairness im Markt führen soll.

Mit den neuen Maßnahmen im Onlinehandel und dem

angestrebten Rechtsrahmen der EU wird ein grundlegendes Ziel verfolgt: die Schaffung eines fairen, transparenten und sicheren Marktes für alle Beteiligten. Dies könnte nicht nur den Schutz der Verbraucher verbessern, sondern auch das Wachstum von Unternehmen fördern, die sich an die europäischen Standards halten.

Zusammengefasst zeigt sich, dass die Geschehnisse in der digitalen Wirtschaft sowohl nationale als auch europäische Dimensionen annehmen, die für die Wirtschaft und die Verbraucher gleichermaßen von Bedeutung sind. Der Wirtschaftsbund begrüßt die angekündigten Maßnahmen als wichtigen Schritt in die richtige Richtung, um die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen zu gewährleisten und gleichzeitig die Sicherheit der Verbraucher zu stärken. Weitere Informationen zu den Entwicklungen im Bereich der Online-Regulierung finden Sie in den Berichten von **OTS** und **EU**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich, Europa
Quellen	• www.ots.at • www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at